

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Postleitzahl: 25241  
Aus für Nachdruckrechte: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Unzeigen-Preise.

in Dresden und Borsig bei täglich zweimaliger Auflage oder durch die Post  
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 15.— M., vierstündiglich 15.— M.  
Die einzige 12 mm breite Seite 6.— M. Zu Sonnenanlagen, Anzeigen unter  
Stellen u. Werbungsmittel, kostet 10.— M. Der Kaufpreis 25.— M. Verzugspreise sind  
nach Abzug der Postage gegen Vorabendung. Einzelnummer 1.— M.

Schriftleitung und Herausgeberschaft:  
Marienkirche 38/40.  
Druck u. Verlag von "Epoch & Reichszeit" in Dresden.  
Postleitzahl: 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") gestattet. — Unterlängte Schreibstücke werden nicht aufbewahrt.

## Die Antwort der russischen Delegation.

**Abrechnung mit dem Londoner Memorandum. — Auseinandersetzung über das Privailegnum. — Russlands Bereitwilligkeit zum Wiederaufbau.**

Die russische Antwortnote auf das Memorandum der in Genua versammelten Hauptmächte hat lange auf sich warten lassen. Unerträglich behagte war die Spannung geworden, was Tschechien im Einvernehmen mit den Russen und Österreichern auf die kombinierten Bedingungen der Alliierten in den grundlegenden Haupträumen des privaten Eigentums, der Kreditangelegenheiten, der Propaganda u. a. antworten würde. Dass doch Barthou bereits eine ganz formelle Belohnung über die Verzerrung der russischen Antwort beim Präsidenten der Konferenz eingerichtet. Nun die Antwort vorliegt, rechtfertigt sie vor allem ihren Umgang nach die langsame Vollsiedlung. Sie rechtfertigt aber auch inhaltlich die Spannung, mit der sie erwartet wurde und verdient es als ein eindeutiges Ereignis in der Politik der Konferenzgesetzgebung gewertet zu werden. Gibt sie doch die Gewissheit, dass Russland trotz aller Weltgewaltkeiten und trotz allem revolutionären Prinzipiums, das in der Note zutage tritt, den Willen hat, den energetischen Wiederaufbau zu fördern und sich nicht grundsätzlich von gemeinsamer Arbeit abwenden. Das Sympathische aber, was uns Deutschen an dieser Note besonders bemerkenswert erscheinen muss, obwohl unter Urteil im Rate der Völker dazu nicht gefordert werden wird, ist der freie unbedrängte Ton, in dem den alliierten Mächten ihre Sünden vorgehalten werden. Das ist die Sprache einer ihrer Urkraft bewussten Nation, die sich vom Gefühl der wirtschaftlichen Unterlegenheit nicht in devote Unterwerfungswelt auswringt, die Sprache einer Nation, die von der Anerkennung ihrer Gleichberechtigung Gebrauch zu machen versteht. Man wird in dieser Hinsicht bei uns vom neuen Bündesgenossen manches lernen können.

Der Inhalt der Note, den wir nur in seinen wesentlichen Teilen wiedergeben, in folgender:

Bevor die russische Delegation an eine nähere Prüfung der Bestimmungen des von einer Mächtegruppe unterzeichneten und in der Anlage zu dem Schreiben des Herrn Vorsitzenden der politischen Unterkommission, Schanzer, am 2. Mai überreichten Memorandums herantrat, sieht sich die russische Delegation zu ihrem erhabten Bedauern zu der Feststellung genötigt, dass dieses Memorandum gegenüber dem Londoner Memorandum einen Rückschritt bedeutet. Gleichzeitig bildet der Inhalt des Memorandums vom 2. Mai eine deutliche Abweichung von der Konferenz von Genua durch die Entscheidung von Cannes vorgenommenen nicht ein. Als die eingeladenen Staaten Russland selbstsinnig mit anderen Staaten auf die jetzige Konferenz beriefen, motivierten sie diese Einladung mit der Hoffnung, dass das europäische System seine heute gelähmte Lebenskraft zurückzugeben. Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels sollen der wirtschaftliche Wiederaufbau Mittels und Osteuropas sein. Nach allgemeiner Ansicht war gerade Russland derjenige Staat, dessen wirtschaftlicher Wiederaufbau für Europa und die ganze Welt am wichtigsten war. Das Problem des Wiederaufbaus Russlands müsse allen Erörterungen in der Konferenz zugrunde gelegt werden.

Die russische Delegation erklärt sich bereit, gemeinsam mit anderen Mächten dieses Grundproblem zu erwältigen, welches der Weltmarkt 150 Millionen Verbraucher und unendliche Mengen von Rohstoffen anstreben und dadurch zur Erleichterung der durch den Weltkrieg, die Isolation und die Blöde entstandenen Krisen der Arbeitslosigkeit und Trostlosigkeit beitragen würde.

Gemäß der Einladung von Cannes ist die russische Delegation nach Genua mit einer ganzen Reihe von Plänen und Vorschlägen

beteiligt die Hartnäckigkeit, mit der besonders gewisse Mächte Russland von dem internationalen wirtschaftlichen und politischen Leben auszuschließen und ihm die Gleichheit der Bevölkerung vorzuerhalten verhindern, ist durch die Nichtbefriedigung gewisser Forderungen finanzieller Natur nur schwer zu erklären. Wenn man überlegt, wie teuer diese Haltung der Welt, den Staaten, die damit den Anfang gemacht haben, und Russland, das seit bald 5 Jahren ihre unheilvollen Folgen zu tragen hat, zu stehen gekommen ist, so ist es schwer zu glauben, dass hier nur die Interessen der Besitzer von Anteilstümeln oder chemischen Eigentümern nationalisierter Güter im Spiele seien. Die Vorstöße der letzterenlosen Tage, besonders ähnlich der Forderung der Rückgewinnungsmachung des nationalisierten Betriebs an ihre reichen Eigentümer zeigen auf das deutliche, dass hier rein materielle Fragen eine politische Krise aufgesetzt wird. Der Kampf, der in Genua um das russische Problem ausgeschlagen wird, geht weiter und zieht sich hin. Der politische und soziale Rücktritt, der in den meisten Ländern auf die Kriegerjahre gefolgt ist, sucht in der Niederlage des sowjetischen Russlands, das die kollektivistischen Tendenzen der Gesellschaftsorganisation darstellt, den vollkommenen

Triumph des Kapitalismus.

Die Sowjetdelegierten haben sich ständig geweigert und weigern sich noch immer, in die schwierigen Verhandlungen eine politische Leidenschaft irgendwelcher Art hineinzutragen. Sie können aber nicht umhin, festzuhalten, dass dieser Versuch, in Genua dem Programm eines Teiles oder eines Systems zum Siege zu verhelfen, dem Nachstaben wie dem Geiste der Canneser Entscheidung zu widersetzen.

Wenn die Arbeiten der Konferenz gefährdet sind, so wird die ganze Verantwortung dafür auf diejenigen Mächte fallen, die, indem sie sich allein gegen das allgemeine Verlangen nach Einigung sträuben, die Interessen gewisser sozialer Gruppen über das gemeinsame Interesse Europas stellen.

Die russische Delegation konstatiert, dass die Einleitung des Memorandums vom 2. Mai die Anschauung glaubhaft zu machen versucht, dass eine längere

wirtschaftliche Isolation Russlands nur ihm selber schaden würde, während das übrige Europa ein Mittel finden würde, sich aus seinen wirtschaftlichen Verlegenheiten herauszuholen. Der Stand dieser Behauptung ist offenbar: Russland soll allein die Opfer, die diese Mitarbeit möglich macht, tragen. Diese Behauptung durch den Mund der sozialstaatlichen Persönlichkeiten und durch die wiederholten Kundgebungen der Arbeiterschaften bestätigt hat, dass Russland durch seinelei Surrogate erledigt werden kann, und das sein Recht auf den Weltmarkt verwirklicht schafft, die abzustellen keinelei Kunstgriff imstande ist. Der Platz Russlands kann von niemand anders als von Russland selbst bestellt werden. Die Isolation Russlands hat

politische Folgerungen,

die nicht weniger unheilvoll sind als ihre wirtschaftlichen Folgen. Die Sicherheit Europas und der Weltfrieden verlangen die Beteiligung dieser abnormalen Sachlage. Daher wird die Lösung des russischen Problems auch nicht umso mehr voraus kommen, wenn nicht die in Genua versammelten Mächte völlig von der Idee durchdrungen sind, dass die Opfer, die sie von Russland verlangen, ihr Gegengewicht in gleichartigen Opfern ihrerseits finden müssen.

In ihrem am 20. April an Herrn Lord George gerichteten Brief macht die russische Delegation bedeutsame Angeständnisse, indem sie allerdings gleichzeitig

die Frage der russischen Regierung zu gewährenden Krediten

und Auseinandersetzung aufstellt. In der ersten Sitzung des Sachverständigenausschusses hat die russische Delegation leisteten um eine ins einzelne gehende Prüfung dieser Frage erachtet. Der Sachverständigenausschuss hat jedoch diesen Vorschlag zu zulassen gewollt. Diese Frage, die für Russland von besonderem Interesse ist, findet auch in dem Memorandum vom 2. Mai seine Beantwortung. Wenn es der russischen Regierung an finanziellen Hilfsquellen für die Auseinandersetzung der russischen Delegation vor den Sachverständigenausschuss für die Prüfung der russischen Fragen zu bringen, sind an uns befiehlbare Widerhaken geschlossen. Der Sachverständigenausschuss hat als grundlegende Bedingung für jede Untersuchung dieser Frage die Befreiung Russlands gestellt,

die Bezahlung der Staatschulden und der privaten Ansprüche

auszuräumen. Diese Methode musste den wichtigsten Teil der Konferenzerarbeiten zur Entschließbarkeit verurteilen. Infolge dieses Grundfehlers sind die allgemein interessierenden Probleme der Zukunft den Interessen der Vergangenheit untergeordnet. Interessen, die nur gewisse Gruppen von Ausländern berühren. Die Rücksichtnahme der von dem durch das Volk verabschiedeten, vom früheren Regime aufgenommenen Schulden und Zahlungsverpflichtungen kann in keiner Weise die Haltung des aus der Revolution hervorgegangenen sozialistischen Russlands, denen gegenüber präjudizieren, die mit ihren Kapitalien und ihren technischen Kenntnissen bei seiner Wiederherstellung hilfreiche Hand leisten würden.

Im Gegenteil beweist die Tatsache, dass die russische Delegation in der Frage der Schuldentlastung die wirtschaftlichen Interessen des russischen Volkes und die wirtschaftlichen Möglichkeiten Russlands auf das ernsthafte im Auge hat, dass die Delegation nur Verpflichtungen einzugehen willens ist, von denen sie sicher ist, dass Russland sie auch erfüllen kann.

Memorandum von den Canneser Bedingungen, die einen politischen Charakter tragen und übrigens von der russischen Regierung akzeptiert worden waren, eine einzige Bedingung, nämlich die fünfte, über

die umstrittene Propaganda

hervohebt, erteilt es ihr gleichzeitig eine neue Bedeutung und macht aus ihr eine einseitige Verpflichtung für Russland. Und doch hat die russische Regierung mehr als einmal bewiesen, dass die wahre umstrittene Propaganda von gewissen Nachbarländern, die sogar zu den Unterzeichnern des Memorandums gehören, durch die Organisation und die Aussendung bewaffneter

Banden betrieben werden ist.

Infolgedessen kann die russische Delegation das Propagandaverbot nicht dulden, es sei denn, dass die soziale Existenzlichkeit mit den Vorfällen in Widerspruch steht.

Eine weitere politische Frage, die künftig in das Memorandum hereingebracht werden ist, ist diejenige, der Beziehungen zwischen Rumänien und Russland, die in Klausel XIII behandelt ist. Da diese Frage zu dem gesamten Komplex der zwischen Russland und Rumänien stiftigen politischen, territorialen und sonstigen Fragen gehört, kann sie nicht getrennt behandelt werden.

Bezüglich der anderen Klauseln des Memorandums muss die russische Delegation die Bemerkung machen, dass die Gesamtheit der Forderungen, die darin dargelegt werden, auf die durch die russische Revolution hervorgerufenen schweren Veränderungen anzuwählen sind. Es ist nicht die Aufgabe der russischen Delegation, diese große Tat des russischen Volkes zu rechtfertigen vor einer Versammlung von Plänen, von denen viele in ihrer Geschichte mehr als

Revolution

aufzuweisen haben. Aber die russische Delegation ist gezwungen, an den Rechtsgrundlag zu erinnern, dass mit den Revolutionen, die einen gewaltigen Bruch mit der Vergangenheit darstellen, neue rechtliche Verhältnisse in den inneren und äußeren Beziehungen der Staaten geschaffen werden. Die Regierungen, die aus der Revolution hervorgegangen sind, brauchen die Verpflichtungen der gestürzten Regierungen nicht zu achten. Der französische Konsul, als dessen rechtmäßiger Erbe sich Frankreich erklärt, hat am 22. September 1792 proklamiert, dass die Souveränität der Völker nicht gebunden ist durch die Verträge der Errungen. Entsprechend dieser Erklärung, hat das revolutionäre Frankreich nicht nur die politischen Verträge des Ancien Régime mit dem Ausland zerstören, sondern auch die Bezahlung seiner Staatschulden verwirkt. Die Vereinigten Staaten haben die Verträge ihrer Vorgänger, England und Spanien, nicht anerkannt.

Entsprechend diesen Vertragsstellen kann Russland nicht verpflichtet sein, irgendwie eine Verantwortlichkeit gegenüber den auswärtigen Mächten und ihren Staatsangehörigen bezüglich der Annahme und der Ausübung der öffentlichen Schulden und der Nationalisierung des Privateigentums zu übernehmen.

Dennoch hat Russland aus versöhnlicher Hinsicht und um in einem Einvernehmen mit allen Mächten zu gelingen, das in der dritten Bedingung von Cannes enthaltene Prinzip unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit angenommen. Unter Ausschluss der Kriegsschulden, die einen ganz besonderen Ursprung haben, hat die russische Delegation sich bereit erklärt, der Zahlung der öffentlichen Schulden zuzustimmen,

unter der Bedingung, dass die Russland durch die Intervention und durch die Blockade angefügten Schäden anerkannt werden.

In rechtlicher Beziehung sind

die russischen Gegenforderungen weit mehr gerechtfertigt als die Ansprüche der fremden Mächte und ihrer Staatsangehörigen. Aber in dem Konsulat, eine praktische Einigung zu erzielen, ist die russische Delegation in Erfolg der Unterredungen, die in der Villa Alberti stattgefunden haben, auf den Weg der weitestgehenden Konzession getreten und hat sich bereit erklärt, bedingungsweise auf ihre Gegenforderungen zu verzichten und die Verpflichtungen der vergangenen Regierung anzuerkennen, wogegen eine Reihe von Konzessionen der Mächte erfolgen sollte, deren wichtigste die Verzettigung realer Kredite bis zum Betrag einer im voraus festgestellten Summe an Russland. Unglücklicherweise ist diese Verpflichtung nicht eingehalten worden. Auf diese Weise sind die Russen geführt worden, zu nichts gemacht worden. Die russische Delegation will nicht diejenigen Mächte ausfindig machen, auf die dafür die Verantwortung fällt, aber auf jeden Fall ist es nicht Russland. Die Befreiungen sind noch schwieriger gemacht worden durch die Hartnäckigkeit der gewisser Staaten, Russland durch den Art. 2 der Verpflichtungen, die im Gegensatz zu seinem sozialen System und dem Art. 1 der Resolution von Cannes stehen.

Die Klausel des Memorandums über die privaten Interessen beginnt mit einer schönen Einleitung, die Russland das Souveränitätsrecht zuverkennt. Aber die Souveränität des russischen Staates kann durch die Entstehung eines gemäßigten Schiedsgerichtshofes höchstwahrscheinlich gezeigt werden. Der Schiedsgerichtshof legt sich zusammen aus vier Freien und aus einem Außen. Unter diesen Bedingungen kann es sich nicht um einen unparteiischen Oberhof handeln. Lediglich spricht die russische Delegation der russischen Klausel jeden praktischen Charakter

aus, um die Auseinandersetzung aufzulösen.

Die russische Delegation stellt nicht ohne ein gewisses

Erstaunen folgenden auffälligen Kontrast dar, nämlich, dass

in dem Memorandum vom 2. Mai der Kernfrage vom

Wiedererstehen Russlands nur allgemeine und

einzelne präzise Vorschläge in sich schließende

Forderungen gewidmet sind, während das Memorandum die

Frage der Regulierung der Staatschulden und der privaten

Forderungen in der Form eines Kontraktabschlusses

vorausgestellt, in dem man auch die allergeringsfügigsten

Einzelheiten vorauszusehen sich bemüht hat. Die russische

Delegation ist nicht weniger überrascht, in diesem finan-

ziellen Kontrakt Klauseln zu sehen, die bisher in den Dele-

gationen niemals eine Rolle gespielt haben. Außerdem das

Memorandum, das die Russland durch die Inter-

vention und durch die Blockade angefügten Schäden

anerkannt werden.

In rechtlicher Beziehung sind

die russischen Gegenforderungen

weit mehr gerechtfertigt als die Ansprüche der fremden

Mächte und ihrer Staatsangehörigen. Aber in dem

Konsulat, eine praktische Einigung zu erzielen, ist die russische

Delegation in Erfolg der Unterredungen, die in der Villa Alberti

stattgefunden haben, auf den Weg der weitest-

gehenden Konzession getreten und hat sich bereit erklärt,

bedingungsweise auf ihre Gegenforderungen zu verzichten

und die Verpflichtungen der vergangenen Regierung anzuer-

kennen, wogegen eine Reihe von Konzessionen der Mächte erfolgen sollte, deren wichtigste die Verzettigung realer Kredite bis zum Betrag einer im voraus festgestellten Summe an Russland. Unglücklicherweise ist diese Verpflichtung nicht eingehalten worden. Auf diese Weise sind die Russen geführt worden, zu nichts gemacht worden. Die russische Delegation will nicht diejenigen Mächte ausfindig machen, auf die dafür die Verantwortung fällt, aber auf jeden Fall ist es nicht Russland. Die Befreiungen sind noch schwieriger gemacht worden durch die Hartnäckigkeit der gewisser Staaten, Russland durch den Art. 2 der Verpflichtungen, die im Gegensatz zu seinem sozialen System und dem Art. 1 der Resolution von Cannes stehen.

Die Klausel des Memorandums über die privaten Interessen

beginnt mit einer schönen Einleitung, die Russland das

Souveränitätsrecht zuverkennt. Aber die Souveränität des

russischen Staates kann durch die Entstehung eines

gemäßigten Schiedsgerichtshofes höchstwahrscheinlich gezeigt werden. Der Schiedsgerichtshof legt sich zusammen aus vier Freien

und aus einem Außen. Unter diesen Bedingungen kann es sich nicht um einen unparteiischen Oberhof handeln. Lediglich spricht die russische Delegation der russischen Klausel jeden praktischen Charakter

aus, um die Auseinandersetzung aufzulösen.

Die russische Delegation stellt nicht ohne ein gewisses

Erstaunen folgenden auffälligen Kontrast dar, nämlich, dass

in dem Memorandum vom 2. Mai der Kernfrage vom

Wiedererstehen Russlands nur allgemeine und

einzelne präzise Vorschläge in sich schließende

Forderungen gewidmet sind, während das Memorandum die

Frage der Regulierung der Staatschulden und der privaten

Forderungen in der Form eines Kontraktabschlusses

eb. Ihre Anwesenheit in dem Memorandum vom 2. Mai kann sich nur erklären aus dem Verlangen, gewissen Klassegefühlen und Parteidienstes Genugtuung zu geben und in keiner Weise aus dem Resultat einer entsprechenden Meinung der Siedlungen im Russland. Vonz von den darüber hinausgehenden Forderungen, die in dieser Klausel ihren Ursprung haben würden, würde zwischen der Anspruch erhebenden und der russischen Regierung die Siedlung nichts tun, als die Bezeichnungen verändert.

Dagegen hat die russische Regierung ihrerseits, um den ehemaligen Eigentümern der nationalisierten Güter die Möglichkeit zu geben, ihre technischen Kenntnisse und ihre Kapitalien bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands zu ihrem eigenen Vorteil zu verwenden, denselben ein Vorzugrecht anerkannt. Ebenso sieht die russische Delegation darin, daß die interessierten Staaten, indem sie ihre Sorge für eine kleine Gruppe ausländischer Kapitalisten löszen möchten und eine unerlässliche dogmatische Unabhängigkeit an den Tag legen, die Interessen einer großen Anzahl ausländischer kleiner Kapitalisten geopfert haben, welche die russische Regierung deniegen, deren Ansprüche juristisch als gerechtfertigt anzusehen werden, hinzu gejüngert die Abhängigkeit. Die russische Delegation kann nicht enthalten, ihrer Meinung nach darüber Ausdruck zu geben, daß Mächte vom Auslande, die am meisten Kleinhaber ausländischer Anteile haben, sich am Wiederaufbau in der Siedlung der Russischen Siedlung des Eigentums nicht beteiligt haben und in dieser Weise die Interessen der Kleinhaber denjenigen einiger Gruppen, die die Wiederaufbauung des Eigentums fördern, unterordnen.

Die russische Regierung hat ihre Vertreter auf die standeten, von denen es sich in der Hoffnung, dort mit den anderen Staaten zu einer Einigung zu gelangen, die in einer Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Russlands führen und gleichzeitig den Weg zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas frei machen würde. Aber jetzt ist festzustellen, daß den fremden Mächten, die die bewaffneten Interventionen gegen Russland organisiert haben, daraus verziehen würden, zu Russland im Tone eines Siegers gegenüber einem Besiegten zu sprechen. Russland ist nicht besiegt worden. Die einzige Toraat, die zu einem gemeinsamen Vereinigten führen könnte, wäre die, die unter Mächten, die miteinander auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln, üblich ist.

Russland bleibt, um zu einer Einigung zu gelangen, bereit, den fremden Mächten erhebliche Konzessionen zu machen, aber durchaus nur unter der Bedingung, daß diese Konzessionen gleichwertigen Konzessionen des anderen Teiles zugunsten des russischen Volkes entsprechen. Das russische Volk würde kein Abkommen annehmen können, in dem nicht die Konzessionen durch wirkliche Vorteile ausgehoben würden.

Ein anderer durch die Schwierigkeit der Situation abgeleiteter Ausweg wäre eine gegenseitige Annulation

der aus der Vergangenheit zwischen Russland und den anderen Mächten entstehenden Auseinanders und Gegensetzung. Aber auch in diesem Falle ist die russische Regierung noch entschlossen, die Interessen der Kleinhaber zu achten.

Falls aber die Mächte sich doch noch mit der Erfüllung der zwischen ihnen und Russland anhängigen finanziellen Streitpunkte beschäftigen wollen, empfiehlt Russland, da diese Frage ein gründliches Studium der Art und der Ausdehnung der an Russland gerichteten Ansprüche und eine gezielte Erwidlung des Russland zu gewährenden vertragbaren Kredite erfordert, diese Aufgabe einem von der Konferenz erwarteten gewöhnlichen Sachverständigenausschuß

zu übertragen, dessen Arbeiten zu einer Zeit und an einem Ort bestimmten würden, der durch gemeinsames Abkommen in vorhergesehen wäre. Die russische Delegation gibt der Aussicht Ausdruck, daß die bei der Siedlung der zwischen ihr und den fremden Mächten abhängenden finanziellen Schwierigkeiten beabsichtigten Rechnungsvereinbarungen nicht hindern dürften, daß von den alle Mächten interessierenden Problemen zu allererst die dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und Russlands und der Fortsetzung des Friedens die endenden Fragen in Weise gelöst werden können und müssen. Russland ist auf die Konferenz mit verständlichen Absichten gekommen und gibt sich auch weiter der Hoffnung hin, daß sein Streben in dieser Hinsicht von Erfolg gekrönt sein wird. (W. T. B.)

## Allseitig befriedigender Eindruck der Note.

(Frankreich schweigt.)

(Gegner Dr. Reichert ist der Dresden. Nachrichten.)  
Berlin, 11. Mai. Der Eindruck der russischen Antwortnote in Wien geht im allgemeinen dahin, daß die Note einen Weg zur Verständigung offen läßt, insbesondere in der Eindruck bei den Neutralen im allgemeinen befriedigend. Es wird insbesondere hervorgehoben, daß die russische Delegation selbst den Weg zu einer Verständigung, nachdem die vorausgegangenen Verhandlungen als gebaut betrachtet und das sie sich zuerst zu Konzessionen an die Mächte bereit erhöhte. In Kreisen, die der englischen Delegation hinzugehören, nimmt man ebenfalls an, daß weitere Verhandlungen möglich sind, und äußert sich befriedigend darüber, daß durch den Vorschlag, die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen einer Kommission zu übertragen, der Weg zur Verständigung der politischen Streitpunkte offengeht. Auch in italienischen Kreisen steht man, daß die Note die Illusion für weitere Verhandlungen bietet. Eine offizielle Auskunft von französischer Seite liegt noch nicht vor, da die französische Delegation die Antwort auf eine nach Paris gerichtete Anfrage erwartet. Sieht man von dem vollen Teil der Note ab, so ist der vornehmste Eindruck der eines starken Entgegenkommens in mehreren Punkten der russischen Delegation, was sie aus einem aufrichtigen Verständigungswillen der Russen erklärt.

## Polen gegen die Diskussion der Grenzfragen.

Berlin, 11. Mai. Die polnische Delegation ist über den auf das Tränenfluss-Vorlage erzielten Beschluß der einladenden Mächte entrüstet, die Frage der Grenzen der Oligarchien vom politischen Ausschluß prägen zu lassen. Polen widersteht sich jeder Diskussion der Grenzfragen auf der Konferenz, da es diese als durch den Friedensvertrag gelöst betrachtet und droht, sich im Falle ihrer Auflösung von den Verhandlungen zurückzuziehen. Die anderen Staaten der Kleinen Gruppe erklären sich über die Unantastbarkeit der Friedensverträge mit Polen solidarisch. Durch den polnischen Einprägung wird die Konferenz von neuen Verwicklungen bedroht.

## Einigung zwischen Tschechoslowakia und dem Balkan.

Berlin, 11. Mai. (Sonderbericht des W. T. B.) Nach der "Tribuna" soll in Santa Margherita eine Verständigung zwischen dem Vertreter des Balkans Monsignore Pizzardo und Tschechoslowakia erfolgt sein, und zwar auf folgendem Grundlage: Die Russen nehmen die beiden ersten Punkte der polnischen Tatschrift an, die sich auf religiöse und Gewissensfreiheit und auf den Schutz der katholischen Minderheiten in Russland beziehen. Dagegen schneiden sie den dritten Punkt ab, der die Rückgabe der Strommündung verlangt. Monsignore Pizzardo erklärte, im Namen des Balkans auf diesen Punkt zu verzichten.

## Die Gefahr militärischer Zwangsmahnahmen besteht?

Paris, 11. Mai. Die "Chicago Tribune" glaubt feststellen zu können, daß infolge des verschärften Charakters des deutschen Note jede Gefahr, daß die älteren Mächte gezwungen sein könnten, am 31. Mai militärische Sanktionen zu ergreifen, als geschwunden betrachtet werde.

# Der Reichsverkehrsminister über den Eisenbahnen.

(Druckschildung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 11. Mai. Der Reichstag leste heute die zweite Lesung des Haushalt des Reichsverkehrsministeriums fort.

Abg. Dr. Quast (D. B.) erklärte, daß allein bei der Reichsbahn ein Defizit von einem 20 Milliarden in diesem Jahre sich erfüllen dürfte. Der Reichsverkehrsminister habe leider nicht immer einreichend sachlich unterbautes Material für seine sehr optimistisch gefärbten Ausschreibungen. Den Friedenszugstand wieder zu erreichen, müsse oberstes Ziel sein. Die Ausleihungen des Personals auf den Hof betreut seien auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Die technische Durchbildung der Verwaltung sei noch nicht so fortgeschritten, wie es wünschenswert wäre. Die Privatbahnen hätten sich viel leichter den Verhältnissen angepaßt. Nach welchen Grundsätzen wolle man das Unternehmen in Zukunft betreiben? Die Disziplin sei die Grundlage jeder großen Betriebsverwaltung. Man habe bis noch nicht genügend überzeugen können, daß die Durchschlagskraft des Befehls in der Eisenbahnverwaltung ausreichend gesichert sei. Es sei unbedingt, daß die Lohnverhandlungen letzten Endes zu einem der Beamten angegangen sind. Es sei dringend erforderlich, mit dem gerechten Ausgleich fortzufahren. Auf den Bahnhöfen müsse man sich über das außergewöhnlich geringe Entgegenkommen gegenüber den Reisenden wundern. Man finde keine Fahrpläne, keine Auskunft. Es sei eine alte Erfahrung, daß in Zeiten der Demokratie der Reichstag aufzugeben gegenüber den vertrüglichen Seiten von früher. (Es ist richtig rechts.) So sei es auch bei der Eisenbahnverwaltung. Der Minister müsse vor allen Dingen alles tun, um bei den Beamten, auch bei den höheren Beamten, die Dienstreue zu wecken.

## Reichsverkehrsminister Groener:

Gewohnt vom Abgeordneten Dr. Quast, als auch gestern vom Abgeordneten Dr. Reichert ist mein Optimismus als nicht berechtigt hingestellt worden. Wenn ein Mann an der Spitze einer solchen Eisenbahnverwaltung und Dienstaufgabe steht, so kann er nur voraus kommen, wenn er sich zutraut, den Organismus wieder aufzubauen. Wenn ich fortgelebt Schwarz in Schwarz malte, was würde ich erreichen? Ich würde nur Melancholie und Verdruss vermehren. Ich denke nicht daran, mich selbst zu loben, ich lasse keinen Zweifel, daß der Aufstand der Reichsbahn nicht los ist. Allerdings freue ich, festzustellen, wo die Ursachen dafür liegen, wie man den Dingen beikommen kann. Es ist nicht angängig, daß Industrie und Eisenbahnverwaltung sich als Feinde gegenüberstehen. Man muß sich gemeinsam an den Tisch setzen und überlegen, wie zu helfen ist. Ich werde überall der Industrie Einblick gewähren und die Möglichkeit, mit uns zusammen die Wege zu finden, die aus dem Schwierigen herausführen. Was die finanziellen Ergebnisse anlangt, denen Dr. Quast und Dr. Reichert einen gewissen pessimistischen Entgegenbruch haben, so möchte ich nur meinen Optimismus ihm gegenüberstellen. Die deutschen Eisenbahnen sind bis zum Sommer 1918, das ist höchstens nachweisbar, auf der Höhe gehalten, sogar gestiegen worden. 1918 im Herbst gingen aber dann die Anforderungen über die Kraft der Eisenbahn hinaus. So kommt es auf den heutigen Standort. Der erste Plan war, das Defizit für 1921 bedeutend herabzuschrauben, aber dann kam die große Wallauwelle, und dadurch hat sich die Sachzulage gewaltig geändert. Statt wie vorangegangt 85 Milliarden, hatten wir 1921 108 Milliarden Defizit, aber das Jahr 1922 wird wesentlich günstiger abschließen.

Allerdings ist unsere Währung in steter Ränderung begriffen. Alle Verhältnisse sind im Fluss; darum muß man unterscheiden zwischen dem, was man gemeinhin als das Defizit bezeichnet, das wir übernommen haben, und den Verlusten, die sich aus der Balancbewegung ergeben. Große Teile der Industrie können dieser Bewegung rasch folgen; wie jedoch sind nicht in dieser Lage. Wir versuchen es trotzdem, vorzuhören können wir über der Balancbewegung nicht. Es verhältlich möchte lieber einen Schritt hinter der Balancbewegung zurückbleiben. Nun habe ein Redner, die Tarife längen über die Balancbewegung hinaus. Das ist doch nicht bei allen Tarifen der Fall. Manche bleiben ganz wesentlich dahinter zurück. Wir müssen den Verlust einholen bei den Gütern, für die die Mehrbelastung und tragbar erscheint. Die Hauptfaktoren zu dieser Tatsache sind Kohle, Eisen, Gehälter und Löhne. Ich hoffe, daß diese Faktoren uns nicht wieder einen Strudel durch die Rechnung machen, sonst bleibt uns nichts anderes übrig, als die Tarife wieder zu erhöhen. Es wird immer

gefragt, daß sich die Eisenbahn nicht so schnell umstellen kann, wie die Industrie. Wir arbeiten ja unter ganz entsetzlichen Verhältnissen; trotzdem bemühen wir uns, auf der

Eisenbahnverwaltung eine moderne Betriebsverwaltung zu machen. Auch ich bin der Meinung, daß es falsch wäre, die Vorkehrungen für die Bewältigung des Verlustes in den nächsten zehn Jahren auf die lange Bank zu schieben. Die Personalfolgepolitik macht uns große Schwierigkeiten. Der Referenten-Entwurf des Finanzgesetzes hat bis heute meine persönliche Zustimmung nicht gefunden. Sein Zweck ist erreicht; er hat eine lebhafte Debatte hervorgerufen. Jetzt wird ein neuer Entwurf ausgearbeitet, der noch Anhörung hochstehender Beamter vor parlamentarischen Ämtern vorgesehen werden wird.

Ein Streitfall der Beamten besteht nicht.

Darauf sind die Eisenbahnbeamten verschiedentlich hinweisen worden. Ich habe schon durch einen Erlass vom 26. Januar vor einem Beamtenkreis gewarnt. Die Reichsverkehrsverwaltung behauptet nun, die Richtlinien der Regierung für den Abbau des Streiks seien verletzt worden. Das wird bestritten. Der Reichsanziger wird sich noch näher dazu äußern. Die lokale Handhabung der Richtlinien wird erwähnt durch die Zahl der Maßregelungen. Es schwelen 106 Fälle bei den Disziplinargerichten. Weitere etwa 50 Fälle sind der Reichsdisziplinarkammer überwiesen worden. Dazu kommen 168 Kündigungen. Selbstverständlich kommen Beamte, gegen die ein Disziplinarverfahren erhebt, für eine Zulassung zu einer Prüfung oder für eine Förderung nicht in Betracht. Im übrigen soll der Streik als etwas Vergangenes angesehen werden. Dann wird aus die Eisenbahnverwaltung und ihre Arbeit wieder zum Wohl des Ganzen geführt werden.

Abg. Dr. Wieland (Dem.): Hauptfache für die Gundung der Reichsfinanzen ist Befriedigung des Defizits der Reichsbahnen. Die größtmögliche Spannkraft bei den laufenden Ausgaben ist wieder Hauptförderpunkt.

Die richtige Regelung der Arbeitszeit gehört zur sozialen Wirtschaft. Besonders der Behandlung der am Streik beteiligten Beamten hoffen wir, daß der Minister den im Reichstag ausgesprochenen Grundsätzen treu bleibt. Im Vordergrunde des Interesses unserer gesamten deutschen Wirtschaft steht die Befreiung mit Volk. Besonders der Tarifpolitik sind wir der Meinung, daß jetzt und in Zukunft bei der außerordentlichen Höhe der Tarife, diese nicht einfach auf diktatorischem Wege, sondern im Benehmen mit den Kreisen der Wirtschaft aufgestellt werden müssen. Das Eisenbahnfinanzisches scheint ein hart bürokratisches Produkt zu sein. Die neue Form muß so gestaltet werden, daß ein Erfolg der juristischen durchgeführt wird.

Reiseverkehrsminister Groener: Das Gutachten des Reichsverbandes der deutschen Industrie schlägt den Mehrbedarf infolge Durchführung des Aktiendatums zu niedrig an. Wir sind bereits bei der Untersuchung, wo der Mehrbedarf bzw. die Übergabe an Beamten ist. Darauf wird es ankommen, wie wir uns zu dem Gutachten des Reichsverbandes stellen werden. Außerdem schlägt das Gutachten den Minderbedarf für den Verkehrsübergang zu hoch an.

Die Intensität der Leistungen muß berücksichtigt werden, daß man mit einer Mindestzahl von Personen auskommt.

Die Kohlenversorgung soll mit allen Mitteln gehoben werden. Die Personentarife werden wir im Laufe des Sommers hoffentlich noch schönen und die Reisezeit noch ohne Erhöhung der Tarife vorübergehen lassen können. Anträge im Interesse der Begünstigung des Mittelstandes werde ich wohlwollend prüfen.

Abg. Aufhäuser (Unabh.) erklärt, der Kampf um die Eisenbahn sei der Extrakt der sozialen und politischen Erwägungen, die hier bei und abspielen. Abg. Dauer (B. B.) weiß nicht, daß man auch das Gute anerkenne, das seit der Revolution von der Eisenbahnverwaltung geleistet wurde. Der süddeutsche Industrie müsse durch einen großzügigen Staffellauf geholfen werden. Preußen und Sachsen seien beim Ausbau des Reichsbahnnetzes unerbittlich vorangegangen gegenüber Bauern. Abg. Borg (Kom.) erhob aus Anlaß des letzten Eisenbahnerstreites erneut bestige Vorwürfe gegen das Reichsverkehrsministerium. Damit schloß das Gutachten den Minderbedarf für den Verkehrsübergang zu hoch an.

Nachte Sitzung Freitag, 1. Uhr: Einzelberatung. Anfragen, Schluß des Aktiendatengesetzes.

## Das Urteil im Fechenbach-Prozeß.

Gislers Berichte als Fällungen gerichtlich abhandelt. München, 11. Mai. In dem Beleidigungsprozeß des Privatssekretärs Gislers, Fechenbach, gegen den Herausgeber der "Süd. Monatshefte", Prof. Cohnmann, den Schriftleiter des "Münch. R. Nach.", Emanuel Müller, den Schriftleiter des "Bayr. Cour.", Oberhuber und den Schriftleiter des "Bayr. Unterlandes", Dr. Adelmeier, wurden durch Urteil des Schöffengerichts die ersten der drei Beklagten von der Anklage des Vergebens der ablen Nachrede freigesprochen, während Dr. Adelmeier, bei dem das Gericht die Absicht einer Beleidigung als erwiesen erachtet, zu einer Geldstrafe von 500 M. bzw. sechs Tagen Gefängnis verurteilt wurde.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Berücksichtigung Gislers als eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes zu betrachten sei, was sich auch aus den Auslagen der verschiedenen Sachverständigen ergab. Auch Prof. Dr. Naujoks hatte die Berücksichtigungen in höchstem Maße für ansehbar. Obwohl habe der Ansatz des Klägers angegeben, daß es sich um fälschlich handele, in objektivem Sinne handele. Die Berücksichtigungen Gislers seien eines der Hindernisse im Kampf gegen den Weltkrieg gewesen, eine Behauptung, die auch der Privatkläger nicht aufrechterhielt. Den Beklagten wird die Wahrnehmung berechtigter Interessen angezeigt, als das Friedensdiktat von Versailles jeden Deutschen treffe. Jeder Deutsche habe deshalb das Recht,

die Wahrung seiner Rechte zu verhindern, auf eine Erhöhung des Vertrages zu beitreten. Dazu gehörte die Erhöhung der Tarife, die Tarife längen über die Balancbewegung hinaus. Das ist doch nicht bei allen Tarifen der Fall. Manche bleiben ganz wesentlich dahinter zurück. Wir müssen den Verlust einholen bei den Gütern, für die die Mehrbelastung und tragbar erscheint. Die Hauptfaktoren zu dieser Tatsache sind Kohle, Eisen, Gehälter und Löhne. Ich hoffe, daß diese Faktoren uns nicht wieder einen Strudel durch die Rechnung machen, sonst bleibt uns nichts anderes übrig, als die Tarife wieder zu erhöhen. Es wird immer

## Berständigung im Ruhrstreik.

(Druckschildung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 11. Mai. Im Ruhrgebiet ist gestern eine Berständigung erfolgt. Sämtliche Organisationen haben sich mit der Grundlage der Berständigung einverstanden erklärt. Der alte Bergarbeiterverband macht aber seine endgültige Zustimmung noch abhängig von den heute stattfindenden Bezirkssitzungen.

## Ergebnislose Verhandlungen im bayrischen Metallarbeiterkreis.

München, 11. Mai. Wie die "Bayr. Staatszeitung" meldet, fanden gestern in München Verhandlungen zur Belegung des Metallarbeiterkreises statt, die wieder ergebnislos verließen. Die bayrische Staatsregierung verfügt nun nicht zu vermittel.



Aba. Bünger (D. B.) hält es für ausgeschlossen, daß der Rektor die Flagge absichtlich habe auf Haldmantilien lassen. Anzusehen sei, daß er nicht gerade weitlos gehandelt habe. Sämtl. an dem bedauerlichen Vorwomis trage aber letzten Endes die Regierung. Der Flaggenterror schreibe in das Gedächtnis des Kämpfens. Er bitte die Regierung, nicht auf diesem Wege fortzufahren.

Aba. Dr. Wendt (D. B.) wendet sich gegen den Abg. Orlai, dessen Ansicht auf den Rektor unberücksicht gewesen sei. Es bedauert bleibe, daß der Rektor überhaupt einen Flaggenterror vorgenommen habe. Man solle aber die Sache nicht überreichen. Argewidriger politischer Hintergrund sei nicht vorhanden gewesen. Die Polizei verdiente den Dank der Universität. Der Präsident dankt und wendet sich sofort gegen den Abg. Langsdorff, der fortwährend Anschuldigungen macht.

Abg. Dr. Reichhold (Dem.) sieht die Schuld an den Vorwomis ebenfalls in dem Flaggenterror der Regierung. Bei Wind war, wie Sturm erntet. Beim Rektor liege nun eine Ungeachtlichkeit vor.

Abg. Viehmann (Illnab.) behauptet, daß die Absicht einer nationalsozialistischen Rundschau vorgelegen habe und meint die Universität eine Erfolgsschlagzeile. Der Rektor müsse enttarnt werden. Das die Polizei so gelobt werde, sei sehr verdächtig. Der Rektor fordert gründliche Untersuchung und Beleidigung der unangemessenen Beamten.

Die Anträge wird öffentlich für erledigt erklärt.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet ein Antrag der sozialistischen Partei auf

Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten, der von dem Abg. Winkler (D. A.) begründet wird. Die Regierung wird erinnert, ehe bald eine Vorlage einzubringen.

Abg. Dr. Herrmann (D. B.) nimmt Namen seiner Fraktion einer Abregelung an, lehnt aber die Angleichung an die Daten der Reichstagabgeordneten ab.

Abg. Schmidt, Kreisober (D. A.) weist darauf hin, daß das Landtagsmandat ein Ehrenamt sei. Jeder Abgeordnete habe von vorneherein gewußt, daß Opfer gebracht werden müssten. Man mußte Rücksicht auf die ungünstige finanzielle Lage nehmen.

Abg. Dr. Gessert (Dem.) wurde bearütteln, wenn eine automatische Anpassung an die Reichstagssätze stattfinde.

Abg. Müller, Leutnant (Illnab.) weist darauf hin, daß die Anregung zur Erhöhung nicht immer von der linken Seite gekommen sei.

Abg. Grellmann (D. A.) ist der Ansicht, daß die sogenannten freien Monate nicht verabreicht werden sollten.

Abg. Heßlein (Leutnant) weist darauf hin, daß die in unserem Staate und den „A. R. R.“ in dieser Frage erschienenen Artikel, die tendenziös gewesen seien.

Im folgenden Schlußberatung wird der Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Rund 10 Minuten Dauer wird die Sitzung 10 Uhr beendet.

Nach Sitzung: Heute, Freitag, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Vorlage über Änderung im Polizeigesetz.

#### Für das Volksbegehren.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die sich hinter dem Antrag der Volksbeobachter stellen, haben nunmehr den Vorschlag vorgelegt, die Auslobung zu verhindern, der die Aufgabe hat, die rechtlichen Durchführungen des Volksbeobachters zu organisieren. Eine Hauptaufgabe besteht darin, die Beobachter so weit fertig zu machen, daß dann für die Durchführung des Volksbeobachters kein Anlaß zur Verjährung mehr verbleibt, wenn sich das Gesamtministerium auf den neuen eingerichteten Antrag hin wird entscheiden. Nach dem Bericht über Volksbeobachter haben die Auftraggeber die Fortsetzung der vorgeschriebenen Einrichtungsarbeiten und deren Fortdauer an sämtliche Gemeinden des Landes zu bewerben, während der Volksbeobachter dann auf Antrag der Regierung durchzuführen ist.

#### Aus den Landtagssaalsschüssen.

Der Landtagssaalsschluß beauftragt, zu beobachten, im außerordentlichen Staatsausgabenbuch auf das Rechnungsjahr 1922 unter einem neuen Titel „8 Mill. Pt. für den Bau einer Kapelle bei Niedersedlitz“ (3. Dritter Teilbertrag) nachdrücklich einzustellen und zu bewilligen.

Die Befestigung der Volksschullehrer i. R. betrifft schließlich von dem demokratischer Seite eingebrachte Anträge.

die Regierung zu erläutern.

1. den vor dem 1. April 1920 in den Südbau und verfestigen Verteilung an Polizei- und Dorfbildungsanstalten sowie an höheren Schulen ihre gesetzlichen Bezüge mindestens vom 1. Oktober 1920 ab nach der Gruppe der Beibildungsordnung zu haben, in die sie nach den für die Einführung bestehenden Voraussetzungen einzutreten zu werden Anspruch haben und

2. analog die Karten an bereitstellen, die sich bei Belebung des Südbaus auch für die sogenannten einheitlichen Bevölkerungsgruppen durch Einführung in die Gangangaben ergeben haben.

## Örtliches und Sachsisches.

— Die Absperrung der Grenze, die zur Sicherstellung des „Ausverkaufs“ von Bautau wie der sächsischen östlichen Großbauten, Seiffenweid, Neugersdorf, Veniersdorf, Oberoda, Reichenau, Wünschendorf und Trossau seit einiger Zeit durchgeführt worden ist, hat jetzt eine Endeckung erlitten. Anfolge der hohen Kosten, die dem Staat durch das Verlegen resp. durch das Unterbringen von Abteilungen der Landespolizei aus entgangenen Teilen Sachsen in den östlichen Grenzbezirk entstehen, und jetzt die halbe Hundertschaft aus Riesa, wie zwei halbe Hundertschaften aus Kamenz, die den östlichen Grenzbezirk mit verloren, zurückgezogen und nach ihren Standorten übertransportiert worden. Der Dienst an der Grenze wird nun von den Beamten der Abteilung Bautau in gleicher Weise wie bisher vertheilt. Von einer Abschaffung der Grenzposte kann aber nicht gesprochen werden. Am Gegenzeit ist, wie von unterrichteter Seite angezeigt wird, sogar geplant, die völkliche Abriegelung der Grenze, wie sie bisher bestanden hat, unter Verantwortung auswärtiger Abteilungen an wiederholen. Der Zeitpunkt, wann dies geschehen wird, ist noch nicht festgestellt. Die Beamten der östlichen Abteilung vertheilen den Dienst teils in Uniform, teils in Zivil mit Unterschaltung der sächsischen Polizei. Die Kontrolle der Grenzposten leidet der tschecho-slowakischen Polizei, die noch immer sehr ürtig und die Bevölkerung von Grenzposten, die von den Beamten aus dem Böhmerland gehören, ist nach wie vor an der Tagesordnung.

— Höhere Schüler als Sanitäter. Wie schon im vorliegenden Bericht, läuft auch für die nächste Zeit der sächsische Zweigverein des Zentralen Sanitätsvereins vom Roten Kreuz Vergnügungs in erster Linie an diejenigen höheren Schulen abholen, und was werden sich daran beteiligende ältere Schüler der Kreuzschule, des Friedrich-August-Seminars, des Saalgymnasiums und des Petrusgymnasiums. Den Unterricht erstellen die Herren der sächsischen freiwilligen Sanitätskolonne, Dr. Reiske und Dr. Wünkel. Sie werden unterstützt durch Mitglieder der genannten Kolonne.

— Ehemalige 18er Husaren. Die Auflösung des Deutschen als für die im Weltkriege gefallenen des ehemaligen Husaren-Regiments 18, die am 18. Juni 1922 in Großenhain stattfinden sollte, mußte unvorhergesehenerweise wegen auf den 27. August 1922 verschoben werden. — Am 30. Mai, 8 Uhr, findet in den drei Städten, Dresden, Marienberg, ein Kameradenabend aller ehemaligen sächsischen Husaren statt, zu dem alle Kameraden, ganz besonders die Offiziere und lärmliche Angehörige der freien Vereinigung ehemaliger Unteroffiziere des 18. Husaren-Regiments eingeladen sind.

— Das ehemalige Sächs. Infanterie-Regiment Nr. 25 bat für Sonntag, den 21. Mai 1922, einen Tagessiegensitz nach Dresden einzurichten. An diesem Tage soll event. sogar die Gründung eines Regimentervereins durchgeführt werden, der alle Kämpfer; Offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften umfaßt. Vorgetragen ist: 12 Uhr mittags: Feldgottesdienst in der Garnisonkirche Dresden, daran anschließend: Besuch des Garnisonskriegerhauses. 1 Uhr nachmittags: Kommerz mit Mittag im Gewerbehaus, Obera-Allee. An alle Kameraden des Regiments ergibt der Kult sich an der Verantwortung zu beteiligen, und die Kameraden, deren Adressen ihnen bekannt sind, zu benachrichtigen. Erwähnenswerte Namensnennungen sind zu bezüglich willkommen. Alle Anfragen sind zu adressieren an Oberleutnant a. D. Heidenreich, Dresden-N. Strehener Straße 76 (Tel. Nr. 42 789).

— Das Wohltätigkeitsfest „Maienfest“ am 20. und 21. Mai, dessen Ergebnisse der Berufsausbildung von Kriegerwaisen und den Fürsorge für lungentrakte Kinder zu dienen sollen, verprüft einen außerordentlichen Erfolg. Das Programm ist nunmehr wie folgt festgelegt: Am Sonnabend abend werden in mehreren Sälen in Blasewitz, Loschwitz und auf dem Weißen Hirten multitalente und theatrale Aufführungen stattfinden. Am Sonntag vormittag und Morgenvierteln im Gymnasium in Blasewitz und im Parkhotel Weißen Hirten geplant, an denen erheblicher ihre Mitwirkung gänzlich angefragt werden. Der historische Dekor, in dessen Mittelpunkt der Brautzug nach dem verhakteten Bild Ludwig Richters steht, und der am Sonntag nachmittag vom Weißen Hirten über Loschwitz nach Blasewitz geführt wird, verprüft bei großer Reichhaltigkeit und außerordentlicher Beteiligung ein Schauspiel hoher künstlerischer Geprägtes zu werden. Der Vorberlauf zu den Veranstaltungen beginnt in Dresden und den Vororten Anfang nächster Woche. Ein Plakat, von dem Vororten Bürger Carl Walther entworfen, wird die Augen der Besucher auf die Veranstaltung lenken.

— Aufzählung der Ausstellung von Gesellenstückchen durch den Ausbildungsausschuß wurden 10 Vehringer für ihre gezeigte Arbeit durch den Kunstgewerbe-Verein mit Belohnungsurkunden ausgezeichnet. Die Ueberreichung an die Vehringer fand Sonntag, den 14. Mai, vorm. 11 Uhr, in der Akademie für Kunstgewerbe, Eliasstr. 31, 2. erfolgen.

— Waldesbildungshütte Margaretenpark. Die Förderung der Kindergruppen erfolgt von jetzt an nicht mehr mit der elektrischen Bahn, sondern mit dem Dammschiff bis zur Saloppe. Die mit einem Ausweis der Schulpolizei (An der Kreuzkirche 1 b, 2. Gesch.) versehenen Kinder versammeln sich früh 7.30 Uhr am Landungsplatz in Altstadt.

— Waldgottesdienste der Martin-Luther-Kirche. Räthken Sonntag früh 8 Uhr findet im Heidepark des Berliner Volksschul-Zugangsbauteile Saloppe der erste diesjährige Waldgottesdienst statt. Die Predigt hält Pfarrer Trotsch. Die Glöden der Martin-Luther-Kirche läuten um 7 Uhr früh den Gottesdienst ein. Das Glödenamt untersteht, wenn wegen unangemelter Witterung der Waldgottesdienst ausfallen muß.

— Biarmi-Denkmal (Windmühlenstraße 4). Hente, Kreisdag, 7.15 Uhr abends, Tr. Hans Winters: Räthken des deutschen Volkes: Verantwortungsverhältnisse. Die Verteilung der Räthen auf die europäischen Mitter.

— Zu den Schlußfeiern der Provinzial-Mühl-Schule tritt Herr Direktor Schneider über. Die Ergebnisse der Arbeitsabteilung und verhinderte obwohl die Ressortanträge und Auszeichnungen. Die Medaillenprämie Professor A. V. Bauder erhält Arduine Simonoff, die Prämie des Herrn Kunsthändlers von Herrn Wohlwein, die Gehorsamprämie Frau Konrad Weigand drit. Hildegard Schneider. Die Prämien der Herren Kommerzienrat Hübschberg und Fabrikdirektor Böckeler werden Herren Reuter und Stumpf und die wechselseitige Medaillenprämie Professor Hermann Schweig drit. Fischel zugesprochen.

— Die „B. e. C.“, Vereinigung chem. Überrohrhälter (Dresden-Alt.) veranstaltete am 6. Mai in dem leicht mit Biergarten geschmückten Saale des Zoologischen Gartens ein Festabendessen. Die prächtigen Vorzüge des Dresdner Zoos und die tüchtlichen Tänze des Zoovarietés Thode vom Sniatower mit seinen kleinen Sniatinerinnen fanden bei den zahlreichen Gästen besondere Anerkennung. Der anhaltende Raum bildet die Teilnehmer noch lange bei fröhlicher Stimmung verblüffen.

— Verein für Polizei- und Schuhkunde, Dresden-Loschwitz. Von 1. Mai ab finden regelmäßige Sonntage von 9 bis 12 Uhr vormittags während des Sommerhalbjahrs auf dem Sportplatz im Neubauern-Werderweg, Große Weißnauer Straße 10. Die Versammlungen unter sachverständiger Leitung halten Rücksichtslosigkeit ein und der Verhältnis familiärer Gemeinschaft haben einschließlich der Bekämpfung familiärer Gewalt sowie der Arbeit am Verkehrer 10 Pt. für den Tag zu entrichten, während Mitglieder die Teilnahme freiheit.

— Schwere Unfälle. Am Donnerstag vormittag geriet an der Ecke der Johanna- und Torsotheaterstraße der 17 Jahre alte, in der Johannastraße wohnende Straßenbahnschaffner W. A. beim Aussteigen der Straßenbahnwagen unter einen Wagen und erfuhr einen komplizierten Bruch des linken Oberarmes. Er wurde dem Krankenhaus Johannstadt zugewiesen. — An einem Autovertriebe des Areals erhielt ein in Radebeul wohnhafter 16 Jahre alter Arbeiter W. A. durch ein herabfallendes Eisen derartige Verletzungen, daß er mit Unfallwagen nach dem Krankenhaus Friedrichstadt übergebracht werden mußte.

— Görlitzer. Das Elektrizitätswerk „Elbtal“ erhöht die Strompreise ab 15. Mai von neuem. Die Erhöhung der Kohlenpreise, der Röhne und Webalter sind von so eindeutender Wirkung, daß die Erhöhung zur Vermeidung von Verlusten im Laufe des Elbertaljahrs eingeschlagen. Die Kohlenpreise allein haben sich um 20 % ab August erhöht. Es gelten vom 15. Mai ab die Preise, wie sie im Stadtbezirk Dresden seit 1. April festgelegt sind.

— Niedergrund a. d. E. Dieser Tage wurde ein ischeklonawitscher Finanzbeamter, der im Walde oberhalb der Station Niedergrund einem Dresdner die Auswelskopiere abforderte, mit einem plötzlich aus der Rocktasche gezogenen Revolver in den Arm geschossen. Vorwurfe, daß der Grenzbeamte schwanger machen konnte, war der Fremde bereits im Walde verschwunden. Man vermutet hinter ihm eine Schmugglerbande, die durch den Schuh gewarnt werden sollte.

— Bielenbach (Bischopau). Die hiesige Firma Meyer u. So., die schon oft ihrer Arbeiterschaft Beweise edler Fürsorge und Wohltätigkeiten gegeben, ließ vor kurzem zwei Waggons Karlsruhe antauen und gewährte zwecks Verbildigung bei der Weitergabe an die Arbeiterschaft 50 000 Mark Ausbildung.

— Planen. Die hiesigen Schneiderschäften, etwa 170 an der Zahl, sind in den Ausstand getreten, weil die Arbeitgeber weigern, für die am 1. Mai ausgestellten Arbeitsscheinen Wohn zu zahlen, mit der Bekräzung, daß es sich bei der Meister nicht um einen rechtsgerichtlichen Reitertag handelt.

— Zwönitz. Die Stadtverordneten beschlossen in geheimer Sitzung, zwecks Erinnerung mit den Gemeinden Völkau und Großschönau und Großschönau-Friedrichsberg zu pflegen zu nehmern, und die Brüder wegen der Verhinderung belohnen.

— Wollenheim. Das hiesige fränkische Säulentheater erfreut sich seit einiger Zeit wieder eines kräftigen Auftritts. Am vergangenen Sonntag konnte eine vor einigen Monaten gebildete Verarbeitung in Wollenheim die Wohlhabenden der hiesigen, sowie einiger auswärtiger Säulentheater geprägt werden. Das Brüdertheater ist unter der Leitung des Kolonialtheaters von Wollenheim.

— Volpia. Der im Volkshaus tagende Verbandstag der Bauarbeiter wurde gekennzeichnet durch eine Versammlung von kommunistischer Seite wegen Ausschluß Delegierter ge-

zeigt. Der Kongreß ist nach Altenburg übergesiedelt. Dem Volkshaus ist bei dem tumult großen Schaden entstanden.

#### Der Fall Hochmuth vor der Strafkammer.

Die zweite Strafkammer des Dresdner Landgerichts entschied sich zwei Tage als Berufungsinstanz mit dem Fal Hochmuth, der besonders in der Neustadt seit Sommer vergangenem Jahres ledhaft die beteiligten Kreise in Spannung hält. Ende Januar war der Händler Adolf Witt Hochmuth, geboren 1880 zu Glauchau, der in der Hochstraße in der Neustadt ein Geschäft betreibt, wegen schweren Diebstahls und Sachbeschädigung vom Dresdner Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hochmuth wurde für überführt angeleitet, im Sommer vorigen Jahres wiederholte in das Nachbargrundstück eingedrungen zu sein, dort dem Mechaniker Ralf Kaninch und Hühnchen, Hafer und tier geblieben und Räuchern in Brust und Rücken achtlos zu haben, so daß die Tiere unter großen Qualen langsam verenden mußten. Er soll weiter einem Mammier aus Rase und Ochsen dreieckige Stäuden geschnitten haben, um das Tier auf diese rohe Art zu schänden. Der Angeklagte hatte im ersten Termine alles bestritten, das Gericht war aber von der vollen Schuld überzeugt, es maßte sich damals auch ein Votatetermin erforderlich. Den Anlaß zu allem diesen gab folgendes: Drau Hochmuth war Besitzer einer Hase, die höchst junge Hühnchen im Grundstück von Ralf weggeholt und getreift haben soll. Dieserhalb war es zu Differenzen gekommen, schließlich lag eines Tages die erwähnte Hase tot in einer aufgestellten Falle. Nach der Tötung dieser Hase sollen die dem Angeklagten auf Vorfälle beglichenen begangen worden sein. Er steht in dem Verdacht, dadurch habe bewollt zu wollen, daß die Hase nicht allein in Kräfte gekommen sei. Um den Täter zu fassen, hatte sich Mechaniker Ralf mit einem anderen Haushabend auf die Bauer gelegt, auch andere Beobachtungen waren angeklagt worden, man will Hochmuth wiederholte auf frischer Tat erwischt haben.

Der Angeklagte bestritt auch in der Berufungsverhandlung wieder seine Schuld, offenbar müßte eine Personenverwechslung vorliegen, er verabschiede selbst solche Handlungen. Wie in der Vorinstanz wurde Hochmuth auch diesmal wieder vom Staatsanwalt Ralf in bestimmter Weise schwer belastet. Eine große Zahl Zeugen wurden hauptsächlich als Zeumündungen vernommen, die sowohl über Hochmuth wie auch besonders über Frau Ralf ausführlich ausfragten. Staatsanwalt Gleis plädierte für Aufhebung des Urteils und Freispruch. Staatsanwalt Große sah die Schuld Hochmuths als voll erwiesen an, nur der Tatbestand des schweren Diebstahls sei nicht erfüllt.

Das Berufungsgericht hat noch längere Beratung das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach Hochmuth von der Auflage des schweren Diebstahls frei, verurteilte ihn aber wegen Sachbeschädigung zu 2000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hat auch die Kosten beider Verhandlungen in vollem Umfang zu tragen. Landgerichtsdirektor Dr. Schuster führte in der Urteilsverhandlung aus, daß der Richter betreute in den Angeklagten nach voller Übereinstimmung all denjenigen, der die Räuchern in Brust und Rücken geblieben oder sie ironisch geschändet habe, um der Räuchern gegenüber der Familie Ralf mit dem Gügel schließen zu lassen.

#### Sommersonderzüge zu ermäßigten Preisen.

Wie schon bekanntgegeben, wird die Reichsbahnverwaltung in den Monaten Juni bis August 1922 Sommersonderzüge zu ermäßigten Preisen nach München, der Ostsee und der Nordsee verkehren lassen. Die Zahl der Sonderzüge ist, wie aus untenstehender Aufstellung erkennbar, gegen das Vorjahr vermehrt worden, so daß dem Verkehrsbedürfnis voraussichtlich in vollem Umfang Rechnung getragen werden kann. Die Zahl der zu den einzelnen Sonderzügen zu verauflagenden Fahrten muß allerdings beschränkt werden, da es aus betrieblichen Gründen nicht möglich ist, die einzelnen Züge in mehreren Teilen abzuladen. Zu den Sonderzügen werden besondere Sonderzüge-Räume in den Fahrkarten zu ermäßigten Preisen aufgegeben, die zur Hin- und Rückfahrt mit dem Sonderzug, zur Rückfahrt innerhalb 60 Tagen aber mit allen Fahrplanmäßigen Zügen im D-Zug gegen Abfahrt des tarifmäßigen Schnellzugsaufzugs berechnet. Sowohl in einzelnen Verkehrsbeziehungen besondere Rücksonderzüge vorgesehen sind, können auch die benutzt werden. Alle Sonderzüge führen nur die 3. Klasse. Die Berechnung des Fahrpreises erfolgt auf Grundlage eines Einheitsfares von 80 Pt. für einen Kilometer Hin- und Rückfahrt je einer 2. Kl. gegen Abfahrt des tarifmäßigen Schnellzugs berechnet. Sowohl in einzelnen Verkehrsbeziehungen wie besondere Rücksonderzüge vorgesehen sind folgende Sonderzüge:

— Nach München: am 16. Juni und 20. Juli von Dresden mit Hallen in Freiberg, Chemnitz, Glauchau, Wilsdrau,

am 17. Juni und 21. Juli von Leipzig mit Hallen in Altenburg und Weida.

— am 14. und 17. Juli von Chemnitz mit Hallen in Glauchau und Weida.

— am 14., 15., 17., 18. Juli und 1. August von Dresden (mit Hallen in Altenburg).

</div









Lichtspiele

hebt hervor, daß der Herstellungspreis eines Filmes in der ganzen Welt für beispiellos gehalten werden müssen.

Der Lubitsch-Film „Das Weib des Pharaos“ erregte bei seiner Uraufführung in New-York und Berlin eine unglaubliche Sensation. Die New-Yorker Presse

# Der gewaltigste Film der Spielzeit 1922: Das Weib des Pharaos

Regie: Ernst Lubitsch

In den Hauptrollen: Emil Jannings, Harry Liedtke, Dagny Servaes, Paul Wegener, Lydia Salmonova, Albert Bassermann

Der Lubitsch-Film „Das Weib des Pharaos“ erregte bei seiner Uraufführung in New-York und Berlin eine unglaubliche Sensation. Die New-Yorker Presse

in der Regie der Massenzenen eine bisher unerreichte Höchstleistung vollbracht hat.

Das Prinzen-Theater bringt diesen Film als erste deutsche Stadt nach der Berliner und New-Yorker Premiere zur Vorführung

Sämtliche Dauer- und Freikarten aufgehoben! Kartenvorverkauf vormittags 11-12 Uhr an der Theaterkasse.

Beginn der Vorführungen **Freitag 1/6 u. 1/9 Uhr, die folgenden Tage 4, 1/7 u. 1/9 Uhr**

Konzertdirektion F. Ries (F. Plötner).

Heute Freitag, 7/1 Uhr, Vereinshaus

Einziges Violin-Konzert

**Max Rosen**

Karten: F. Ries, Abendkasse.

## Große Wirtschaft

Täglich Konzerte

Beginn 4 und 1/2 Uhr.

Jeden Sonntag Frühkonzert.

Anfang 6 Uhr.

## Central-Theater-Diele

### Engelbert Milder Künstlerspiele

Allabendlich 8 Uhr

**Der große Mai-Spielplan** mit Suse Eisler und Erik Joergens

Rudolf Mälzer

Anny Koch

Fritz Werner

Laura Bernauer

Müller-Schadow-Quartett

Liddy Puck-Leitow

Direktor Engelbert Milde.

„Saisonbeginn“, eine lustige Revueszene mit Fritz Werner

und Direktor Engelbert Milde, sowie dem Künstlerpersonal.

## Restaurant Continental-Hotel

Vornehmstes Restaurant

am Hauptbahnhof.

Täglich abends Künstler-Konzert

Elegante Räume für Privatfestlichkeiten und Konferenzen

## Galerie Arnold

Schloßstraße 34.

Freitag, den 12. Mai, pünktl. 4 Uhr Eröffnung der 6. Ausstellung der

**Dresdner Sezession.**

## Friedrich-August-Bad Klohsche-Königswald.

Sonnen-, Luft- und Schwimmbad der Gemeinde Klohsche in der Dresdner Heide.

Täglich Familienbad. Eröffnung 14. Mai.

**SARRASANI**  
Fester Circus Dresden-Neustadt. Carolia-Brücke

Tägl. 7,30 Uhr

Sonntag auch 3 Uhr

14 erstklassige, lustige, staunenswerte, artistische  
Sensationen!

Regie: Ernst Lubitsch

In den Hauptrollen: Emil Jannings, Harry Liedtke, Dagny Servaes, Paul Wegener, Lydia Salmonova, Albert Bassermann

Der Lubitsch-Film „Das Weib des Pharaos“ erregte bei seiner Uraufführung in New-York und Berlin eine unglaubliche Sensation. Die New-Yorker Presse

in der Regie der Massenzenen eine bisher unerreichte Höchstleistung vollbracht hat.

Das Prinzen-Theater bringt diesen Film als erste deutsche Stadt nach der Berliner und New-Yorker Premiere zur Vorführung

Sämtliche Dauer- und Freikarten aufgehoben! Kartenvorverkauf vormittags 11-12 Uhr an der Theaterkasse.

Beginn der Vorführungen **Freitag 1/6 u. 1/9 Uhr, die folgenden Tage 4, 1/7 u. 1/9 Uhr**

Konzertdirektion F. Ries (F. Plötner).

Heute Freitag, 7/1 Uhr, Vereinshaus

Einziges Violin-Konzert

**Max Rosen**

Karten: F. Ries, Abendkasse.

## Große Wirtschaft

Täglich Konzerte

Beginn 4 und 1/2 Uhr.

Jeden Sonntag Frühkonzert.

Anfang 6 Uhr.

## Central-Theater-Diele

### Engelbert Milder Künstlerspiele

Allabendlich 8 Uhr

**Der große Mai-Spielplan** mit Suse Eisler und Erik Joergens

Rudolf Mälzer

Anny Koch

Fritz Werner

Laura Bernauer

Müller-Schadow-Quartett

Liddy Puck-Leitow

Direktor Engelbert Milde.

„Saisonbeginn“, eine lustige Revueszene mit Fritz Werner

und Direktor Engelbert Milde, sowie dem Künstlerpersonal.

## Restaurant Continental-Hotel

Vornehmstes Restaurant

am Hauptbahnhof.

Täglich abends Künstler-Konzert

Elegante Räume für Privatfestlichkeiten und Konferenzen

## Galerie Arnold

Schloßstraße 34.

Freitag, den 12. Mai, pünktl. 4 Uhr Eröffnung der 6. Ausstellung der

**Dresdner Sezession.**

## Friedrich-August-Bad Klohsche-Königswald.

Sonnen-, Luft- und Schwimmbad der Gemeinde Klohsche in der Dresdner Heide.

Täglich Familienbad. Eröffnung 14. Mai.

**SARRASANI**  
Fester Circus Dresden-Neustadt. Carolia-Brücke

Tägl. 7,30 Uhr

Sonntag auch 3 Uhr

14 erstklassige, lustige, staunenswerte, artistische  
Sensationen!

Regie: Ernst Lubitsch

In den Hauptrollen: Emil Jannings, Harry Liedtke, Dagny Servaes, Paul Wegener, Lydia Salmonova, Albert Bassermann

Der Lubitsch-Film „Das Weib des Pharaos“ erregte bei seiner Uraufführung in New-York und Berlin eine unglaubliche Sensation. Die New-Yorker Presse

in der Regie der Massenzenen eine bisher unerreichte Höchstleistung vollbracht hat.

Das Prinzen-Theater bringt diesen Film als erste deutsche Stadt nach der Berliner und New-Yorker Premiere zur Vorführung

Sämtliche Dauer- und Freikarten aufgehoben! Kartenvorverkauf vormittags 11-12 Uhr an der Theaterkasse.

Beginn der Vorführungen **Freitag 1/6 u. 1/9 Uhr, die folgenden Tage 4, 1/7 u. 1/9 Uhr**

Konzertdirektion F. Ries (F. Plötner).

Heute Freitag, 7/1 Uhr, Vereinshaus

Einziges Violin-Konzert

**Max Rosen**

Karten: F. Ries, Abendkasse.

## Große Wirtschaft

Täglich Konzerte

Beginn 4 und 1/2 Uhr.

Jeden Sonntag Frühkonzert.

Anfang 6 Uhr.

## Central-Theater-Diele

### Engelbert Milder Künstlerspiele

Allabendlich 8 Uhr

**Der große Mai-Spielplan** mit Suse Eisler und Erik Joergens

Rudolf Mälzer

Anny Koch

Fritz Werner

Laura Bernauer

Müller-Schadow-Quartett

Liddy Puck-Leitow

Direktor Engelbert Milde.

„Saisonbeginn“, eine lustige Revueszene mit Fritz Werner

und Direktor Engelbert Milde, sowie dem Künstlerpersonal.

## Restaurant Continental-Hotel

Vornehmstes Restaurant

am Hauptbahnhof.

Täglich abends Künstler-Konzert

Elegante Räume für Privatfestlichkeiten und Konferenzen

## Galerie Arnold

Schloßstraße 34.

Freitag, den 12. Mai, pünktl. 4 Uhr Eröffnung der 6. Ausstellung der

**Dresdner Sezession.**

## Friedrich-August-Bad Klohsche-Königswald.

Sonnen-, Luft- und Schwimmbad der Gemeinde Klohsche in der Dresdner Heide.

Täglich Familienbad. Eröffnung 14. Mai.

**SARRASANI**  
Fester Circus Dresden-Neustadt. Carolia-Brücke

Tägl. 7,30 Uhr

Sonntag auch 3 Uhr

14 erstklassige, lustige, staunenswerte, artistische  
Sensationen!

Regie: Ernst Lubitsch

In den Hauptrollen: Emil Jannings, Harry Liedtke, Dagny Servaes, Paul Wegener, Lydia Salmonova, Albert Bassermann

Der Lubitsch-Film „Das Weib des Pharaos“ erregte bei seiner Uraufführung in New-York und Berlin eine unglaubliche Sensation. Die New-Yorker Presse

in der Regie der Massenzenen eine bisher unerreichte Höchstleistung vollbracht hat.

Das Prinzen-Theater bringt diesen Film als erste deutsche Stadt nach der Berliner und New-Yorker Premiere zur Vorführung

Sämtliche Dauer- und Freikarten aufgehoben! Kartenvorverkauf vormittags 11-12 Uhr an der Theaterkasse.

Beginn der Vorführungen **Freitag 1/6 u. 1/9 Uhr, die folgenden Tage 4, 1/7 u. 1/9 Uhr**

Konzertdirektion F. Ries (F. Plötner).

Heute Freitag, 7/1 Uhr, Vereinshaus

Einziges Violin-Konzert

**Max Rosen**

Karten: F. Ries, Abendkasse.

## Große Wirtschaft

Täglich Konzerte

Beginn 4 und 1/2 Uhr.

Jeden Sonntag Frühkonzert.

Anfang 6 Uhr.

## Central-Theater-Diele

### Engelbert Milder Künstlerspiele

Allabendlich 8 Uhr

**Der große Mai-Spielplan</b**